

CASH+/Einwegpfand

Einwegpfand: Nur was für die Großen?

Von **Karl Stiefel** (<mailto:k.stiefel@cash.at>)

Donnerstag, 28. Januar 2021



Ewiges Streitthema Pfand: Seitens des Umweltministeriums gibt es bereits einen Vorstoß in die Richtung, der verbindliche Mehrweg-Quoten für den Handel, ein Pfandsystem für Einweggetränkeverpackungen aus Kunststoff und Alu und eine Abgabe für die Produktion von Plastikgebinden vorsieht.

(/news/media/16/Pfand-152292.jpeg)

Für die einen notwendig, für die anderen eine Belastung - das Einwegpfand sorgt wieder für Unstimmigkeit.

Mit der Bekenntnis von Lidl zum Einwegpfand ist ein Damm gebrochen: Der erste Händler hat sich für die Lösung ausgesprochen, während andere Handelsketten darin einen nicht vertretbaren Aufwand sehen. Seitens des Umweltministeriums gibt es bereits einen Vorstoß in diese Richtung, der verbindliche Mehrweg-Quoten für den Handel, ein Pfandsystem für Einweggetränkeverpackungen aus Kunststoff und Alu und eine Abgabe für die Produktion von Plastikgebinden vorsieht. Das geht Greenpeace aber nicht schnell genug: "Jeden Tag wachsen die Plastik-Müllberge in Österreich zulasten von Umwelt, Tieren und Menschen weiter an. Die Bundesregierung darf Pfand und Mehrweg deshalb nicht weiter auf die lange Bank schieben, sondern muss jetzt eine Trendumkehr einläuten. Dabei reicht ein Pfandsystem alleine nicht aus - nur wenn wir auf Mehrwegflaschen umsteigen, können wir die Verpackungsflut endlich in den Griff bekommen. ÖVP und Grüne müssen jetzt alles dransetzen, um den 3-Punkte-Plan von Ministerin Gewessler in die Tat umzusetzen", fordert Lisa Panhuber, Konsum-Expertin bei Greenpeace in Österreich.



Global 2000 sieht unterdessen die Handelsketten Rewe International, Spar und Hofer in der Pflicht, sich nicht weiter gegen das Einwegpfand zu sperren. "In Österreich werden jährlich 1,6 Milliarden Plastikflaschen verbraucht. Umgerechnet also 181 Plastikflaschen pro Österreicher oder Österreicherin. Das ist klar zu viel. Daher wäre nur ein Einwegpfand völlig unzulänglich und muss jedenfalls in Kombination mit Mehrwegquoten eingeführt werden, um Wahlmöglichkeit am Regal zu garantieren und schlussendlich Ressourcen zu schützen", so Lena Steger, Ressourcensprecherin von Global 2000.

Soweit zu den Vorstellungen der Umweltschutz-Organisationen, die von der ÖPG Pfandsystemgesellschaft entsprechend unterstützt werden: "Dazu haben wir bereits entsprechende Partnerschaften und Kooperationen mit Unternehmen aufgestellt, die auf dem Gebiet jahrzehntelange internationale Referenzen vorweisen können. Jetzt ist vor allem wichtig, dass große Handelsketten sowie Handels- und Wirtschaftsvertreter ihre Blockadehaltung beenden und wir hier rasch zu einer Einigung kommen", appelliert Christian Abl, Geschäftsführer der ÖPG.

Unzumutbare Belastung

Für den Handel würde eine Pfandlösung zusätzlichen Aufwand bedeuten, weshalb es viele Gegenstimmen aus der Branche gibt. Während Filialen mit entsprechend großen Flächen und vielen Mitarbeitern dies besser wegstecken könnten, sehen besonders die Kaufleute mit kleineren Standorten das Einwegpfand als geschäftsgefährdend an. Mehr als 1.600 Standorte der Lebensmittelhändler Adeg, Nah&Frisch, Spar und Unimarkt werden in Österreich von selbständigen Kaufleuten betrieben – ein Großteil davon im ländlichen Raum. Christian Prauchner, Sprecher der österreichischen Spar-Kaufleute, meint dazu: "Dazu hat die Wirtschaftskammer einen ambitionierten 10-Punkte-Plan für eine alltagstaugliche Kreislaufwirtschaft vorgelegt, mit dem wir die EU-Sammel- und Recyclingziele in Österreich auf die ökologisch und ökonomisch beste Weise erreichen können. Die Einführung eines teuren und komplizierten Pfandsystems ist daher weder notwendig noch sinnvoll. Durch die hohen Kosten und die Einschränkung der Verkaufsflächen durch die zusätzlich benötigte Fläche würde die wirtschaftliche Existenz vieler selbständiger Kaufleute in Österreich fahrlässig aufs Spiel gesetzt."

Ähnliches befürchtet Anton Kovsca, Obmann von Adeg: "Die Mehrbelastungen für die Kaufleute durch ein Pfandsystem wären vielfältig und massiv. Dazu gehören unter anderem die hohen Anschaffungskosten für die Rücknahmeautomaten, akuter Platzmangel in kleinen Läden, das Erfordernis baulicher Maßnahmen, der Verlust von Verkaufsfläche, erhöhter Personalaufwand für das Leergut-Handling, kontinuierliche Kosten für Wartung und Reparatur bis hin zu hygienischen Problemen mit der Lagerung von verschmutztem Leergut. Keine dieser Investitionen wird sich jemals amortisieren, da sie keine Zusatzeinnahmen generieren."

Nah&Frisch Geschäftsführer Hannes Wuchterl fügt hinzu: "Ich appelliere neuerlich und eindringlich an Frau Bundesministerin Gewessler: Lassen Sie uns gemeinsam Gutes besser machen und nicht zu Bestehendem ein teures und für viele kleine Händler nicht umsetzbares Parallelsystem dazu bauen. Das werden viele, viele Nahversorger am Land nicht überstehen. Vorschläge liegen genügend am Tisch, sie müssten nur aufgegriffen werden. Es braucht keinen Plastikpfand in Österreich."

Schließlich meint Gaby Jüly, Präsidentin des Verbandes Österreichischer Entsorgungsbetriebe (VOEB): "Es ist an der Zeit, sich von Pfand-Mythen und populistischen Teilforderungen zu lösen und eine nachhaltige Gesamtlösung zu erarbeiten. Das brauchen die heimische Industrie und die Wirtschaft im Umfeld einer der größten ökonomischen Krisen nötiger denn je, um Wertschöpfung, Investitionen und Arbeitsplätze sichern zu können." Konkret bedeutet das,



dass sie den 10-Punkte-Plan der Wirtschaftskammer unterstützt, welcher einheitliche Sammelfraktionen in ganz Österreich, bessere Erfassung des Freizeitkonsums, den Ausbau der Abholung von zu Hause und vielen anderen Maßnahmen vorsieht.

Mehr zu dem Thema finden Sie im CASH-Nachhtigkeits-Special.

(<https://www.cash.at/epaper/specials/199/epaper/0220/10/index.html>)

